

Donnerstag, 22. Februar 2024

Zu Protokoll gegebene Rede von Norbert Altenkamp MdB:

**zur Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung zum
Anerkennungsgesetz 2023, [Drs. 20/10350 vom 21.2.24](#)
(Tagesordnungspunkt 18)**

Seit wir den letzten Bericht zum Anerkennungsgesetz debattiert haben, sind schon vier Jahre vergangen. Der Fachkräftemangel ist weiterhin gravierend und wird sich zunehmend verstärken. Auf den Punkt gebracht: Die Babyboomer, eine ganze Handwerker- und Technikergeneration, gehen bis 2035 in Rente. Aber die jetzige geburtenschwache Generation der Berufseinsteiger/innen kann schon allein zahlenmäßig die Lücke nicht schließen.

Nach dem MINT-Herbst-Report 2023 des IW Köln fehlen schon heute 285.000 Fachkräfte in Technik-Berufen. Der Bedarf an MINT-Fachkräften wird durch die Digitalisierung, die Energiewende, den ständigen Innovationsdruck in allen technologischen Bereichen weiter steigen. Hinzu kommt der schnell wachsende Bedarf an Pflegekräften durch die alternde Gesellschaft. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Studierenden in den MINT-Fächern. Und der jüngste PISA-Test stimmt alles andere als optimistisch, was den Fachkräftenachwuchs betrifft.

Ohne die MINT-Fachkräfte aus dem Ausland würden laut IW Köln noch über 400.000 mehr Fachkräfte fehlen. Wichtige Impulse für die Fachkräfteeinwanderung und für das Beschäftigungswachstum gerade in MINT-Berufen hat die unionsgeführte Bundesregierung mit dem Anerkennungsgesetz von 2012 gegeben. Dass dieses Gesetz eine große Erfolgsgeschichte ist, zeigt auch der aktuelle Bericht zum Anerkennungsgesetz 2023:

Zwischen 2012 und Ende 2022 wurden rund 365.000 Anträge auf Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen gestellt, das sind fast doppelt so viele wie Ende 2018. Allein 2022 gab es über 49.000 Anträge, die meisten davon im Bereich Gesundheit und Pflege, aber viele auch in Ingenieur-, Mechatronik-, Energie- und Elektroberufen. In fast der Hälfte der Fälle wurden die Berufe als gleichwertig anerkannt, in fast allen anderen Fällen als teilweise gleichwertig, mit Auflagen zur Nachqualifizierung vor allem in den Gesundheitsberufen. Hinzu kommen seit 2012 fast 230.000 Anträge auf Prüfung ausländischer Hochschulqualifikationen. Immer mehr Anträge werden auch direkt aus dem Ausland gestellt, 2022 schon rund 48% bei Bundesberufen, die meisten davon aus Drittländern.

Dieser Anstieg ist auch ein großer Erfolg unseres Fachkräfteeinwanderungsgesetzes von 2020. Damit haben wir Deutschland als Zielland für Fachkräfte aus Drittstaaten attraktiver gemacht und dazu vor allem die Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen wesentlich erleichtert und beschleunigt, ebenso die Zuwanderungs- und Nachqualifizierungsverfahren. Auch den Anerkennungszuspruch haben wir ausgebaut, ebenso die Beratungs- und Informationsangebote im In- und Ausland, verstärkt auch digital. Und wir haben die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung etabliert. Davon profitieren auch die Geflüchteten vor allem aus Syrien und der Ukraine.

Aber wie die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen: All das reicht noch nicht aus, damit wirklich genügend Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen. Besonders die Visaverfahren dauern nach wie vor zu lang. Wenn selbst Studierende und Wissenschaftler monatelang auf ein Visum warten müssen, bis sie endlich nach Deutschland einreisen können, dann ist das ein ganz schlechtes Zeugnis für unseren Wirtschafts- und Innovationsstandort.

Bei der Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im letzten Jahr hat die Ampel zwar weitere Erleichterungen auf den Weg gebracht, die wir aber nur zum Teil begrüßen können. Denn viele Fragen hat die Ampel dabei unbeantwortet gelassen, unsere Ideen dazu ignoriert, mit der Chancenkarte neue bürokratische Hürden aufgebaut oder durch die Kürzung von Fördermitteln neue Probleme aufgeworfen, die unserem Forschungs- und Innovationsstandort schaden.

Ich frage Sie deshalb:

Wo sind die Fortschritte in den letzten beiden Jahren seit Ihrer Regierungsübernahme bei der Digitalisierung der Anerkennungsverfahren? Was haben sie getan, um die Visaverfahren weiter zu beschleunigen und zu digitalisieren?

Warum denken Sie nicht über ein Fast-Track-Verfahren nach, wie wir es für hochqualifizierte akademische Fachkräfte gefordert haben? Was spricht gegen unseren Vorschlag, eine Bundesagentur für Einwanderung bzw. eine „Work&Stay-Agentur“ einzuführen, die Fachkräften alle Services aus einer Hand anbietet?

Wie sieht es mit mehr Vermittlungsabsprachen mit anderen Ländern auch für MINT-Berufe ähnlich wie bei den Pflegeberufen aus?

Wo sind die Maßnahmen, die die Willkommenskultur für Fachkräfte verbessern? Wie wollen Sie gezielt die Einreisemöglichkeiten für ausländische Studentinnen und Studenten und junge Berufstätige nach Deutschland

verbessern und es ihnen nach Studium oder Ausbildung leichter machen, in Deutschland zu bleiben und zu arbeiten?

Wie sieht es mit der Förderung von Deutsch-Kursen in den Herkunftsländern aus, nachdem Sie die Mittel für die Goethe-Institute gekürzt haben und Institute geschlossen werden sollen?

Wie kurzsichtig ist es, Mittel für den DAAD und die Alexander-von Humboldt-Stiftung zu kürzen, die so immens wichtig sind für die Stipendien ausländischer Studierender und Wissenschaftler? Die AvH sieht sich deshalb sogar gezwungen, das renommierte Bundeskanzler-Stipendium für Nachwuchsführungskräfte einzustellen, insgesamt rund 100 Stipendien weniger zu vergeben und weitere Einschnitte bei ihren Förderprogrammen vorzunehmen. Welch ein fatales Signal. Auch dem DAAD droht eine gefährliche Schwächung. Wir fordern deshalb, dass Sie das Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag einlösen, die institutionelle Förderung von DAAD und AvH analog zum Pakt für Forschung und Innovation zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampelfraktionen: Es gilt jetzt, das Anerkennungsgesetz und die Strukturen der Fachkräfteeinwanderung konkret, pragmatisch und unbürokratisch weiterzuentwickeln, damit mehr dringend benötigte Fachkräfte - und ganz besonders vielversprechende junge Talente und Wissenschaftler/innen – aus dem Ausland zu uns nach Deutschland kommen. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch!